





Vorwort 4

Schwerpunkte

Demokratie stärken 6

Nicht einschüchtern lassen 6

Finanzierung sozialer Arbeit 8

Den Trägern sozialer Arbeit laufen die Kosten davon ... 8

Frankfurter Arbeitslosenzentrum: Beratung nur noch bei existenziellen Notlagen möglich 10

Der Bedarf an Beratung bei Suchtproblemen wächst ... 11

Wohnen und Armut12

Wohnkosten treiben Armut in die Höhe.....12

Neue Wohnraumhilfe Darmstadt14

Sozialer Wohnungsbau und ökologische Verantwortung vereint.15

Fachkräftesicherung16

Neues Jobportal und Social-Media-Kampagne.....16

Klimaschutz18

Rahmenbedingungen für den Klimaschutz in sozialen Einrichtungen verbessern18

Bürgerschaftliches Engagement 20

Bürgerschaftliches Engagement besser unterstützen . 20

Michael bringt die Wohnung zum Strahlen und Eberhard zum Lachen..... 22

Spezial

50 Jahre Psychiatrie-Enquête 24

Bessere Versorgung psychisch erkrankter Menschen . 24

Im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Fürsorge. 26

EX-IN-Genesungsbegleiter Andreas Jung im Interview 28

Rose Maria Konang im Interview 30

Der Paritätische in den Regionen 32

Paritätische Regionalgeschäftsführungen machen sich stark für den Erhalt der sozialen Infrastruktur ... 32

Neue Mitgliedsorganisationen 35

Wir sind für Sie da

Wir sind für Sie da 37

Regionalgeschäftsstellen 40

Organigramm41

Impressum..... 42



Liebe Leser*innen,

80 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde bei der Bundestagswahl eine Partei zweitstärkste Fraktion, die der Verfassungsschutz mittlerweile als rechts-extremistisch einstuft. Die AfD verdoppelte ihren Stimmen-anteil nach einem Wahlkampf, in dem eine rassistische Geisterdebatte über Migration dominierte und die wirkli-chen Themen untergingen. Wenig war zu hören zum Klima-wandel, der 2025 neue Hitzerekorde brachte. Und obwohl die Reichen immer reicher werden und die Armut wächst, gab es keine Debatte über eine Umverteilung. Stattdes-sen wurde Stimmung gemacht auf Kosten von Bürgergeld-Empfänger*innen.

Die Zeichen stehen schlecht für Menschen, die auf Unter-stützung angewiesen sind, und für die Zukunft der sozia-len Infrastruktur. Drastische Kürzungen drohen. Dabei ist die Finanzierung gemeinnütziger Organisationen schon jetzt nicht ausreichend, wie eine Mitgliederbefragung des Paritätischen Hessen 2024 zeigte. Nur ein Drittel unserer Mitgliedsorganisationen stuft die eigene wirtschaftliche Situation als gut ein. Die Fünfjahresprognose fällt verhee-rend aus. Lediglich 18 Prozent der befragten sozialen Orga-nisationen rechnen damit, 2030 noch gut über die Runden zu kommen.

Angesichts einer politischen Situation zu resignieren, die auch weltweit schwierig ist wie selten zuvor, ist für uns kei-ne Option. Wir verteidigen jetzt erst recht die Demokratie und die Menschenrechte. Wir stehen jetzt erst recht ein für eine solidarische und soziale Gesellschaft, für die In-teressen unserer Mitgliedsorganisationen und ihrer Kli-ent*innen. So auch bei der Kundgebung in Wiesbaden, die Sie auf dem Titelbild sehen. Unter dem Motto „Finger weg vom Sozialetat“ gingen dort soziale Organisationen 2024 gegen die geplanten Einsparungen im städtischen Haus-halt auf die Straße. Diese Proteste waren erfolgreich, die Kürzungen konnten abgewendet werden. Vorerst.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen ver-stehen wir uns als Bollwerk für die bedrohte Demokratie und setzen Impulse für ein soziales Hessen. Denn wir alle brauchen für ein gutes Leben eine gute soziale Infrastruk-tur. Egal, ob unsere Familie erst seit kurzem hier lebt oder schon seit Generationen. Egal, ob wir eine Behinderung haben oder nicht. Egal, ob wir von unserem Arbeitseinkom-men leben können oder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Egal, ob wir gerade erst geboren wurden oder schon fast am Ende unseres Lebens angekommen sind.



Claudia Fischer
Claudia Fischer
Vorstandsvorsitzende



Alinaghi
Dr. Yasmin Alinaghi
Landesgeschäftsführerin





Nicht einschüchtern lassen

Es ist der bisher größte Protest seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland: Anfang 2024 gingen mehr als drei Millionen Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße. Auslöser der Proteste war ein Bericht des Netzwerks Correctiv über ein Treffen in Potsdam, bei dem unter anderem Mitglieder von AfD, CDU und des Vereins Werteunion unter dem Begriff „Remigration“ die massenhafte Vertreibung migrantisierter Menschen diskutierten.

„Unsere Demokratie ist an einem Kipp-Punkt. Wir blicken in den Abgrund. Wir wissen und fürchten schon lange, was sich in diesem Land zusammenbraut. Diese Vertreibungspläne überraschen uns deshalb nicht, aber sie rauben uns den Schlaf“, sagte Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen, in ihrer Rede bei der Kundgebung in Frankfurt am 20. Januar 2024, zu der mehr als 40.000 Menschen kamen.

Auch im Januar 2025 wurde wieder in zahlreichen Städten gegen den Rechtsruck demonstriert. Der Anlass diesmal: Für einen Antrag mit rein symbolischer Bedeutung und ohne jegliche Bindungs- oder gar Gesetzeswirkung für eine noch repressivere Migrationspolitik beschaffte sich die CDU im Bundestag im Januar 2025 eine Mehrheit mit der AfD. Daraufhin appellierten 145 Organisationen, darunter der Paritätische Wohlfahrtsverband, an die CDU, für die menschenrechtliche Brandmauer einzustehen, sich zu den demokratischen Werten zu bekennen sowie den Rechtsstaat und die Menschenrechte zu verteidigen.

Die CDU nahm dieses zivilgesellschaftliche Engagement zum Anlass, in einer Anfrage an den Bundestag die Arbeit der an den Protesten gegen den Fall der Brandmauer beteiligten Nichtregierungsorganisationen zu hinterfragen. Die damals noch amtierende Ampel-Regierung bügelte diesen Versuch der Diskreditierung ab und stellte in ihrer Antwort klar: Neben natürlichen Personen könnten auch Vereine und Organisationen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen. Die Bundesregierung sei nicht befugt, Zuwendungsempfängern in Hinblick auf die Veranstaltung von Demonstrationen Vorgaben zu machen. Es sei auch nicht ihre Aufgabe, allgemeine Informationen über die Aktivitäten und Kontakte von Organisationen zu sammeln, zu überwachen oder zu bewerten.



Sich wappnen gegen rechte Unterwanderungsversuche

Mitgliedsorganisationen darin zu bestärken, sich angesichts der akuten Gefährdung der Demokratie nicht einschüchtern zu lassen, sondern erst recht für die Werte Vielfalt, Offenheit und Toleranz einzustehen, ist ein zentrales Anliegen des Paritätischen Hessen. Neben den bewährten Workshops zum Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus bietet er inzwischen auch Fortbildungen dazu an, wie sich der Einsatz für die Demokratie mit der Gemeinnützigkeit und dem Neutralitätsgebot verträgt und wie Vereine sich gegen Unterwanderungsversuche von rechts wappnen können.

Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen nutzen diese Fortbildungen rege. Das macht Mut und zeigt, dass die Wohlfahrtspflege gesellschaftspolitischen Rückschritten weiterhin aktiv entgegengetreten wird. Anlass dazu gibt es leider genug. Auf Bundesebene wurde der Familiennachzug für subsidiär Geschützte ausgesetzt, das heißt für Menschen, die nicht als Flüchtlinge anerkannt wurden, aber im Herkunftsland gefährdet sind, beispielsweise durch Todesstrafe, Folter oder Gewalt im Rahmen bewaffneter Konflikte.

In Hessen häufen sich Fälle, in denen Menschen aus Schule und Arbeit abgeschoben werden. Auch Hessen hat begonnen, die diskriminierende und für Steuerzahler*innen sehr teure Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen, wenn auch wegen technischer Probleme mit zeitlicher Verzögerung.

Doch nicht nur gegen Geflüchtete, sondern auch gegen andere Gruppen wird politisch zunehmend Stimmung gemacht, beispielsweise gegen Empfänger*innen von Sozialleistungen und gegen Arbeitnehmer*innen, denen ein zu starkes Interesse an ihrer Work-Life-Balance unterstellt wird. Und Rentner*innen sollen möglichst im Ruhestand noch weiterarbeiten. Dass auf dem Bundestagsgebäude 2025 erstmals seit Jahren zum Christopher-Street-Day keine Regenbogenflagge wehte, ist ein Signal, dass gesellschaftliche Errungenschaften auch mit Blick auf queere Menschen zur Disposition stehen.



„Es war ein Lichtblick in düsteren Zeiten, dass in ganz Deutschland so viele Menschen auf die Straße gingen, um die Demokratie zu verteidigen. Aber die Demokratie muss auch in den Parlamenten verteidigt werden. Die demokratischen Parteien müssen jetzt in allen Parlamenten gegen die Bedrohung von rechts zusammenstehen.“

► Dr. Yasmin Alinaghi

Landesgeschäftsführerin



Den Trägern sozialer Arbeit laufen die Kosten davon

Die Träger sozialer Arbeit kommen aus dem Krisenmodus nicht heraus. Neben dem Fachkräftemangel haben sich Finanzierungsprobleme weiter verschärft. Ein Grund für etliche Träger ist unter anderem, dass die Zuwendungen des Landes Hessen und der Kommunen nicht mit steigenden Kosten Schritt halten. Im Interview berichten über die Folgen für die Praxis Oliver Rodenhäuser, Leiter der Abteilung Wirtschaft und Recht beim Paritätischen Hessen, und Lars Lauer, Leiter der Abteilung Soziale Arbeit.

Die Dynamisierung von Zuwendungen und Fördermitteln bedeutet, dass diese an die Kostenentwicklung angepasst werden. Was ist hier neben der Inflation ein wichtiger Faktor?

Oliver Rodenhäuser: Die Einkommenssteigerungen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst, an dem wir uns orientieren, führen dazu, dass in den letzten vier bis fünf Jahren die Personalkosten für unsere Mitgliedsorganisationen um insgesamt rund 20 Prozent gestiegen sind. Wird diese Steigerung wegen der fehlenden Dynamisierung der Zuwendungen nicht ausgeglichen, läuft das letztlich auf eine Mittelkürzung hinaus. Die Träger bekommen quasi jede fünfte Stelle nicht mehr finanziert oder anders ausgedrückt, die Vollzeit- wird zur Teilzeitstelle. Von den für 2026 bereits prophezeiten zusätzlichen Ausgabenkürzungen des Landes wollen wir da noch gar nicht reden.

Wie wirkt sich das Defizit konkret aus?

Lars Lauer: Viele Träger der sozialen Arbeit müssen Angebote einschränken oder ganz wegfallen lassen. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Die Schuldner- und Suchtberatung sind stark betroffen, obwohl gerade hier großer Bedarf besteht.

Über die fehlende Dynamisierung hinaus haben wir aber auch noch erhebliche Mittelkürzungen oder -streichungen auf Bundes- und Landesebene, die beispielsweise die Beratung und Unterstützung von asylsuchenden Menschen und die Integration von Migrant*innen hart getroffen haben. Den Rotstift spüren sehr deutlich auch Träger, die sich in der Qualifizierung und Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt engagieren, was in Zeiten des Fachkräftemangels besonders absurd ist. Um wirtschaftlich

überleben zu können, müssen die Träger versuchen, neue Arbeitsfelder zu erschließen. Beispiele sind hier Schul-assistenz, Schulsozialarbeit oder politische Bildung.

Es gab unter CDU-Ministerpräsident Roland Koch 2003 bereits unter dem euphemistischen Titel „Operation sichere Zukunft“ massive Kürzungen im Sozialetat. Der Paritätische Hessen ist also schon krisenerfahren. Wie engagiert der Verband sich jetzt für seine Mitgliedsorganisationen?

Oliver Rodenhäuser: Der Paritätische Hessen setzt sich ja stetig für eine auskömmliche Finanzierung sozialer Arbeit ein. Beispielsweise unterstützen wir unsere Mitgliedsorganisationen bei der Verhandlung von Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen mit Kostenträgern und bei der Beantragung von Fördergeldern sowie Projektmitteln von Soziallotterien und Stiftungen. Darüber hinaus machen wir natürlich mit politischer Lobbyarbeit auf Kommunal- und Landesebene deutlich, dass die aktuellen und künftig geplanten Kürzungen nicht akzeptabel sind.

Lars Lauer: Im Gegenteil: Wir fordern eine bessere Förderung der sozialen Infrastruktur. Soziale Träger brauchen Planungssicherheit und eine auskömmliche Finanzierung. Nur so können sie Mitarbeiter*innen langfristig binden und für Klient*innen zuverlässige Angebote sichern. Hier zu kürzen trifft nicht nur eine Vielzahl benachteiligter Menschen, es gefährdet auch den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Oliver Rodenhäuser: Und nicht zu vergessen: Bei den Kommunen verschärfen sich die Finanzprobleme ebenfalls. Zum einen sind die Steuereinnahmen eingebrochen, zum anderen besteht die Befürchtung, dass das Land beim kommunalen Finanzausgleich kürzt beziehungsweise die Schwerpunktsetzung verändert. Wie sich die im Sommer 2025 beschlossenen Investitionspakete der Bundesregierung und des Landes auswirken werden, ist dabei noch unklar.

Ein weiteres Problem ist, dass viele Mitgliedsorganisationen ihre Finanzierungszusagen von der öffentlichen Hand erst sehr spät bekommen. Das kann durchaus zu vorübergehenden finanziellen Engpässen führen, wenn sie nicht entsprechende Rücklagen haben. Hier unterstützen wir Träger in schwierigen Situationen ganz konkret mit verbandsinternen Förderprogrammen und Möglichkeiten zur Zwischenfinanzierung.



Wir unterstützen Träger in schwierigen Situationen ganz konkret mit verbandsinternen Förderprogrammen und Möglichkeiten zur Zwischenfinanzierung.

► **Oliver Rodenhäuser**

Leiter der Abteilung Wirtschaft und Recht
oliver.rodenhäuser@paritaet-hessen.org

Zuwendungen sind finanzielle Mittel, die soziale Einrichtungen von der öffentlichen Hand erhalten: zum Beispiel für Projekte. Sie sind freiwillige Leistungen, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

Gesetzlich abgesichert sind dagegen Zahlungen für erbrachte Leistungen, meist auf der Basis von Leistungs- oder Entgeltverträgen mit Sozialleistungsträgern – zum Beispiel pro betreuter Person oder pro Tag.

Frankfurter Arbeitslosenzentrum: Beratung nur noch bei existenziellen Notlagen möglich

„Aufgrund unserer aktuellen finanziellen Lage und der daraus resultierenden Personalkürzungen können wir derzeit keine regulären Beratungstermine für Ratsuchende anbieten.“ Diese klare Botschaft ist auf der Homepage des Frankfurter Arbeitslosenzentrums (FALZ) zu lesen.

In den vergangenen Monaten musste das FALZ zwei Mitarbeitende verabschieden, die zuvor bei der Unterstützung von Leistungsbeziehenden vom Jobcenter oder in der Schuldnerberatung tätig waren. Die Zahl der hauptamtlich Mitarbeitenden ist von sechs auf vier gesunken. Laut Robert Hübner, Vorstand des 1982 gegründeten FALZ, sind die gestiegenen Kosten durch Inflation und Tarifsteigerungen die Hauptursache. Die städtischen Mittel für das FALZ seien seit 2020 unverändert geblieben, und Spenden, Bußgelder sowie Geldauflagen aus Strafverfahren reichten nicht aus, um das Defizit auszugleichen.

Sozialpädagogische Beratung fällt weg

Aufgrund der finanziellen Engpässe ist das FALZ derzeit nur noch in akuten Notfällen tätig. Das bedeutet, dass Beratungen ausschließlich bei existenziellen Krisen möglich sind, beispielsweise wenn Menschen die Gefahr droht, aufgrund von Mietschulden die Wohnung zu verlieren. Die sozialpädagogische Beratung, die eigentlich auch dazu dient, frühzeitig Krisen zu verhindern, kann momentan nicht angeboten werden. Ebenso eingeschränkt ist die Unterstützung für Arbeitssuchende, die Schwierigkeiten haben, Schreiben vom Jobcenter zu verstehen, oder sich wegen falscher Bescheide und Leistungskürzungen melden.

Der Bedarf an Beratung wächst jedoch weiterhin, sagt Robert Hübner: „Seit Corona haben viele Menschen kaum noch die Chance, persönlich beim Jobcenter vorzusprechen. Die meisten Anliegen laufen nur noch über das Internet, was viele Betroffene überfordert, weil sie den Behördenjargon und die rechtlichen Erklärungen oft nicht verstehen.“

www.falz.de

Der Bedarf an Beratung bei Suchtproblemen wächst

„Während der Corona-Pandemie zählten wir zwar zur systemrelevanten Infrastruktur, doch wenn es um die Finanzierung unserer Arbeit geht, dann sind das freiwillige Leistungen. Eine gesetzlich gesicherte Regelfinanzierung gibt es nicht“, sagt Panja Schweder. „Das bedeutet für die Träger der Suchthilfe ein ständiges Ringen um Zuwendungen und Fördergelder aus den kommunalisierten Landesmitteln und den Kassen der Landkreise.“ Panja Schweder ist hauptamtliche Vorständin beim Verein für Integration und Suchthilfe e.V. in Weilburg und stellvertretende Sprecherin der Fachgruppe Suchthilfe im Paritätischen Hessen. Die Finanzierungsnöte im Bereich der Suchtberatung und -prävention in Hessen sind ihr bestens bekannt. Und auch, dass sie sich deutlich verschärfen. Denn die fehlende Dynamisierung der Zuwendungen bedeutet angesichts steigender Tarifröhne: Ein wachsender Teil der Personalkosten ist nicht gedeckt. Für ihren Verein heißt das konkret: Er musste bei einer seiner beiden Beratungsstellen schon jetzt die Beratungszeiten kürzen, perspektivisch droht möglicherweise sogar deren Schließung. Und das bei eklatant wachsendem Bedarf an Beratung sowohl von Suchterkrankten als auch Angehörigen.

Gesellschaftliche Kosten der Sucht

„Sucht ist kein Randthema, das nur Schwerstabhängige betrifft, sie ist in der Mitte der Gesellschaft“, sagt Panja Schweder. Egal, ob Berufstätige, die abends regelmäßig ein paar Gläser Bier oder Wein brauchen, um „abzuschalten“, oder junge Cannabis-Konsument*innen – wer sich endlich durchringe, sein Suchtproblem anzugehen, brauche zeitnah einen Termin und eventuell Unterstützung bei der Suche nach einem Therapieplatz, nicht erst nach Wochen oder Monaten. Bis dahin könne die Motivation schon wieder weg sein und die Lage sich massiv verschlechtern. Die Sucht ruiniert nicht selten die Gesundheit, lässt Menschen ihre Arbeit verlieren und bringt großes Leid auch für Angehörige. „Die prekäre Finanzierung der Prävention und der Hilfsangebote hat Folgen, die weit über diese individuelle Betroffenheit hinausgehen“, sagt Panja Schweder. Sie bringe auch viele negative Folgen für die Gesellschaft, seien es höhere Behandlungskosten für schwer suchterkrankte Menschen oder deren vorzeitiges Ausscheiden aus dem Berufsleben.



„Sucht ist kein Randthema, das nur Schwerstabhängige betrifft, sie ist in der Mitte der Gesellschaft.“

► Panja Schweder

Hauptamtliche Vorständin beim Verein für Integration und Suchthilfe e.V.

Verein für Integration und Suchthilfe e.V.

Der Verein für Integration und Suchthilfe e.V. (kurz VIS) ist entstanden durch die Fusion der Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V. (Gründung 1974) und des Vereins Integration e.V. (Gründung 1987).

Er bietet Menschen mit psychischer und/oder körperlicher Beeinträchtigung und Menschen mit Suchterkrankung Unterstützung und Förderung für alle Bereiche der Alltags- und Lebensgestaltung. Ziel ist es, deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine weitestgehende Unabhängigkeit von institutionellen Hilfen zu ermöglichen.

www.vis-hilft.de

Jahresbericht 2024/2025

11

Projekt Wohnen im Wandel in Osthessen

Der Paritätische Hessen hat in Osthessen das Projekt „Wohnen im Wandel – gemeinsam neue Lebensräume gestalten im Vogelsberg“ gestartet. Es soll benachteiligte soziale Gruppen stärker in den Fokus der Wohnraumentwicklung rücken. Zielgruppen und lokale Akteure wie Paritätische Mitgliedsorganisationen, Wohnungsbaugesellschaften, Investor*innen und Architekt*innen sollen im Rahmen eines partizipativen Planungsprozesses an der Schaffung neuer Wohnformen und neuen Wohnraumes beteiligt werden. Die Erfahrungen und Ergebnisse des Modellprojekts könnten auch für andere Regionen hilfreich sein.

Wohnkosten treiben Armut in die Höhe

2.856 Einkommensmillionär*innen gibt es in Hessen. Das teilte das Statistische Landesamt im Juni 2025 mit. Wegen der langen Fristen zur Steuerveranlagung sind die aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2021. Gegenüber 2020 wuchs die Zahl der Millionär*innen damit um 21,3 Prozent.

Auf die andere Seite des Spektrums blickt der Paritätische Gesamtverband jährlich mit seinem Armutsbericht. Hier stammen die jüngsten Zahlen aus dem Jahr 2024. Diese besagen: In Hessen leben rund eine Million Menschen in Armut. Das ist fast jede*r Sechste. Die Armutsquote liegt bei 15,5 Prozent.

Weitaus höher ist die Quote noch, wenn man zusätzlich die in Hessen überdurchschnittlich hohen Wohnkosten berücksichtigt. Dann steigt die hessische Armutsquote sogar auf 23,7 Prozent. Dies ist der alarmierende Befund einer Studie zur Wohnarmut, die der Paritätische Gesamtverband im Dezember 2024 veröffentlicht hat. Sie zeigt: Steigende Mieten belasten Menschen mit niedrigem Einkommen überproportional. Viele Haushalte geben inzwischen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnkosten aus – manche sogar mehr als die Hälfte. Entsprechend wenig bleibt den Betroffenen für andere Lebenshaltungskosten übrig.

Ganzheitliche Konzepte nötig

Sowohl die Bekämpfung der Armut als auch eine Begrenzung der Wohnkosten bleiben daher zentrale sozialpolitische Forderungen des Paritätischen Hessen. Der Verband appelliert an die Landesregierung, die Armutsbekämpfung mit ganzheitlichen Konzepten anzugehen. Dazu gehört beispielsweise eine bessere soziale Infrastruktur. Denn wenn Kinder und pflegebedürftige Menschen nicht ausreichend versorgt sind, ist für viele Angehörige keine auskömmliche Erwerbstätigkeit möglich. Fehlende Kita-Plätze und Lücken in der Pflege treiben vor allem Frauen in die Armut, da sie

den Großteil der Care-Arbeit übernehmen. Als wichtigen Schritt begrüßt der Paritätische Hessen den ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Armut, den die Regierungskoalition in Wiesbaden auf ihre Agenda geschrieben hat. Der Schwerpunkt liegt darauf, Kinderarmut zu bekämpfen und zu vermeiden. Aber auch das wachsende Problem Altersarmut muss aus Sicht des Paritätischen verstärkt in den Blick genommen werden. Nach jüngsten Angaben des Statistischen Bundesamts beziehen in Hessen 65.665 Rentner*innen Grundsicherung, weil ihre Rente nicht zum Leben reicht.

Viele haben zudem Angst, ihre Wohnung zu verlieren, weil die Mieten stärker steigen als die Renten. Das Wohngeld ist zwar oft eine Hilfe, löst aber nicht das Problem, dass es an preiswertem Wohnraum mangelt. Und längst nicht alle nehmen es in Anspruch – oft aus Scham oder Unwissenheit.

Das von der Landesregierung gestartete Hessengeld leistet aus Sicht des Paritätischen keinen Beitrag, das Wohnen für alle bezahlbar zu machen. Es begünstigt eher Besserverdienende, die sich eine Wohnung kaufen können. Zielführender wäre es aber, wenn die Landesregierung das Geld in den Bau von Sozialwohnungen investieren würde. Denn in den vergangenen 30 Jahren hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen mehr als halbiert. Über 50.000 Menschen stehen auf den Wartelisten für Sozialwohnungen. Um eine Trendwende zu erreichen, müssten jährlich mindestens 10.000 neue Sozialwohnungen geschaffen und eine zeitlich unbefristete Sozialbindung eingeführt werden, so der Paritätische. Zudem darf die energetische Sanierung von Wohnungen, die aus Klimaschutzgründen massiv ausgeweitet werden muss, nicht zu einer Erhöhung der Warmmieten führen. Denn dies würde wiederum weniger finanzstarke Haushalte besonders treffen.

Die neue Wohnraumhilfe in Darmstadt engagiert sich auf vielfältige Weise für die Versorgung von Menschen mit bezahlbarem Wohnraum. Dazu gehört auch ein modellhaftes Projekt, das nachhaltiges Bauen und soziale Verantwortung verbindet. Hier hat die neue Wohnraumhilfe selbst Wohnungen geschaffen.

Neue Wohnraumhilfe in Darmstadt – Wohnungsarmut praktisch begegnen

Die Neue Wohnraumhilfe gGmbH (NWH) in Darmstadt engagiert sich seit 1991 an der Schnittstelle zwischen Sozialarbeit und Wohnungswirtschaft. Das gemeinnützige Unternehmen unterstützt Menschen in Wohnungsnot oder mit besonderen sozialen Schwierigkeiten dabei, sicheren und bezahlbaren Wohnraum zu finden und diesen auch zu behalten. Dabei verfolgt die NWH einen ganzheitlichen Ansatz, der sowohl präventive Maßnahmen als auch langfristige sozialpädagogische Begleitung umfasst. Zu ihren Angeboten gehören unter anderem:

- **Wohnraumversorgung:** Die Organisation verwaltet etwa 400 Wohnungen in Südhessen, die sie von Baugesellschaften, Genossenschaften und privaten Eigentümer*innen anmietet oder die ihr selbst gehören. Diese werden an Menschen vermittelt, die aufgrund sozialer Benachteiligung kaum Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt haben.
- **Betreutes Wohnen:** Für Menschen mit Suchtproblemen oder besonderen sozialen Schwierigkeiten bietet die NWH ambulante Betreuung an. Ziel ist es, die Selbstständigkeit der Klient*innen zu fördern und eine stabile Wohnsituation zu sichern.
- **Jugendhilfe:** Die Sozialpädagogische Familienhilfe unterstützt Familien in unterschiedlichen Lebensbereichen.
- **Soziale Mieterberatung:** Im Auftrag von Wohnungsunternehmen werden Mieter*innen bei Mietschulden, Streitigkeiten oder anderen Problemen unterstützt, um Kündigungen zu vermeiden.
- **Flüchtlingshilfe:** Seit 2015 engagiert sich die Neue Wohnraumhilfe gemeinsam mit der Gesellschafterorganisation Horizont e.V. für Geflüchtete in Darmstadt.
- **Projekte zur sozialen Integration:** In Kooperation mit Kommunen oder Wohnungsbaugesellschaften realisiert die NWH Projekte, die aufsuchende Sozialarbeit, Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit kombinieren, um die Lebensverhältnisse der Bewohner*innen nachhaltig zu verbessern.

Doreen Petri, Geschäftsführerin der Neuen Wohnraumhilfe, ist überzeugt: „Es ist notwendig, die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Wohnungsunternehmen und sozialen Organisationen zu intensivieren, um individuelle Problemlagen frühzeitig zu erkennen und gezielt zu intervenieren.“ Außerdem sollten gesetzliche Regelungen und Förderprogramme so gestaltet werden, dass sie insbesondere sozial benachteiligte Haushalte schützen und vor Wohnungslosigkeit bewahren.



„Gesetzliche Regelungen und Förderprogramme müssen so gestaltet werden, dass sie insbesondere sozial benachteiligte Haushalte schützen und vor Wohnungslosigkeit bewahren.“

► **Doreen Petri**

Geschäftsführerin der Neuen Wohnraumhilfe gGmbH in Darmstadt



Sozialer Wohnungsbau und ökologische Verantwortung vereint

Dass ökologisches Bauen und soziale Verantwortung Hand in Hand gehen können, beweist das bundesweite Modellprojekt „Passivhaus SozialPlus“ der Neuen Wohnraumhilfe in der Lincoln-Siedlung in Darmstadt. Dort hat die NWH an der Mahalia-Jackson-Straße vor fünf Jahren in einem Altbau aus den 1950er Jahren und in einem Neubau daneben 42 Wohnungen im Passivhausstandard geschaffen. Das Projektvolumen von zirka zehn Millionen Euro wurde mit Bundes- und Landesmitteln sowie kommunalen Mitteln finanziert. Wer hier wohnt, kann sich auf eine niedrige Miete und geringe Betriebskosten verlassen.

Wilder Wein rankt sich an einem Holzgitter vor dem Balkon hoch. Ein gemütliches Eckchen ist hier entstanden, schattig im Sommer und schön bunt, wenn das Laub sich im Herbst färbt. Nadine Lotz, ihr Mann Muhammad Faraz und die beiden Töchter, sechs und vier Jahre alt, fühlen sich hier richtig wohl. „Dieses Passivhaus ist wirklich klasse“, sagt Nadine Lotz. „Es ist super gedämmt. Im heißen Sommer ist es hier noch gut erträglich. Und im Winter müssen wir nicht einmal die Heizkörper aufdrehen.“ Die Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung mache die Wohnung warm genug. „Auch die Nebenkosten sind gut kalkuliert. Nur einmal mussten wir doch tatsächlich einen Cent nachzahlen“, sagt Nadine Lotz lachend. Beim Einzug vor vier Jahren war die Küche, wie in allen anderen Wohnungen auch, schon komplett ausgestattet. Die NWH hat auf energiesparende Geräte geachtet. Brauchwasser wird aufbereitet und für die Toilettenspülung benutzt. Ein großer Teil des Stroms kommt von einer Solarstromanlage auf dem Dach. Sie ist eine Bürger-Solaranlage der Energiegenossenschaft Darmstadt.

„Das Projekt zeigt, dass auch im sozialen Wohnungsbau Energieeffizienz möglich ist, was sich letztlich sowohl für die Mieter*innen auszahlt als auch die Kommunen, die weniger Wohnkosten für Bezieher*innen von Sozialleistungen zahlen müssen“, sagt Doreen Petri, Geschäftsführerin der Neuen Wohnraumhilfe Darmstadt.

Den individuellen Strom- und Wasserverbrauch können die Mieter*innen über moderne Monitoring-Displays in der Wohnung stets überblicken – und auch, ob sie noch im kalkulierten Budget liegen.



Neues Jobportal und Social-Media-Kampagne

Die Fachkräftesicherung ist seit 2023 Schwerpunktthema des Paritätischen Hessen. Der Verband unterstützt seine Mitgliedsorganisation auf vielfältige Weise bei der Fachkräftegewinnung.

Im Januar 2025 ging das neue Jobportal des Paritätischen Hessen an den Start, für das der Verband mit einem externen Dienstleister kooperiert. In einem automatisierten Verfahren werden dort alle offenen Stellen veröffentlicht, die Mitgliedsorganisationen auf ihrer Internetpräsenz oder anderen Plattformen – beispielsweise der Agentur für Arbeit oder Jobbörsen – ausschreiben. Derzeit sind rund 1.500 freie Stellen bei Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen registriert (www.paritaet-hessen.org/jobportal.html). Die Vielfalt der Jobangebote ist enorm. Gesucht werden unter anderem Pflegekräfte, pädagogische Fachkräfte, Heilerziehungspfleger*innen, aber auch Geschäftsführer*innen, Ärzt*innen, Qualitätsmanagement-Beauftragte, Immobilienverwalter*innen, Lehrkräfte, Personalsachbearbeiter*innen, Hauswirtschaftler*innen und Köch*innen.

Mitarbeiter*innen werben für ihre Berufe

Werbung für eine Tätigkeit im sozialen Bereich macht der Verband 2025 zudem mit einer Videokampagne. Auf seinen Social-Media-Portalen berichten Mitarbeiter*innen aus einer Vielzahl von Einrichtungen, was ihnen an ihrer Arbeit besonders gut gefällt. Die Video-Clips sind längerfristig auf dem Instagram-Account des Paritätischen Hessen zu sehen.

Viele Mitgliedsorganisationen zeigten Interesse an zwei Veranstaltungen zum Thema „ausländische Fachkräfte“, an dem unter anderem das Pflegequalifizierungszentrum Hessen beteiligt war. Dieses ist ein Angebot des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration, das Arbeitgeber*innen in Hessen bei der Fachkräftesicherung in Pflege- und Gesundheitsberufen kostenlos unterstützt. Dabei geht es vor allem darum, ausländische Fachkräfte zu gewinnen und nachhaltig zu integrieren. Die Mitarbeiter*innen beraten bei der Anwerbung von Fachkräften, machen Workshops zur interkulturellen Sensibilisierung, unterstützen bei Problemen mit Visa oder der Anerkennung von Berufsabschlüssen und vermitteln Sprachkurse und Qualifizierungsangebote.

Viele ausländische Fachkräfte wollen Deutschland wieder verlassen

Angebote wie diese sind enorm wichtig. Hat doch eine im Sommer 2025 veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ergeben, dass rund ein Viertel der nach Deutschland zugewanderten Menschen das Land wieder verlassen wollen, darunter viele gut ausgebildete Fachkräfte. Zu den Gründen zählen unter anderem eine fehlende Willkommenskultur, Diskriminierungserfahrungen und bürokratische Hürden.

„Ohne Fachkräfte mit Migrationshintergrund könnten einige unserer Mitgliedsorganisationen ihre Einrichtungen und Dienstleistungen gar nicht aufrechterhalten, und für viele wird dieses Thema in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen“, sagt Matteo Barutzki, Referent des Projekts Schwerpunktthema Fachkräftesicherung – Ausbildung für alle. „Der Fachkräftemangel wird sich weiter zuspitzen. Im Jahr 2031 erreicht der geburtenstärkste Babyboomer-Jahrgang, der 1964 geboren wurde, das gesetzliche Rentenalter von 67 Jahren. Dann werden viele langjährige Beschäftigte in den Ruhestand gehen, wenn sie nicht schon früher aus dem Berufsleben ausscheiden.“ Die Bestrebungen seitens der Politik, ältere Berufstätige zu bewegen, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten, führten ins Leere, wenn sich an den Rahmen- und Arbeitsbedingungen nichts maßgeblich ändere. Viele Menschen könnten aus Gesundheitsgründen gar nicht länger arbeiten, weil sie schon ihr ganzes Arbeitsleben in körperlich und psychisch herausfordernden Arbeitsfeldern tätig waren, so Matteo Barutzki. Das gelte beispielsweise auch für viele Beschäftigte in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie für Erzieher*innen.

Die Träger der sozialen Arbeit stehen im Wettbewerb um Arbeitskräfte vor großen Herausforderungen. Um attraktiv zu sein, ist es unter anderem wichtig, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben weiter zu verbessern und mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten zu erreichen, aber auch betriebliches Gesundheitsmanagement gewinnt an Bedeutung.

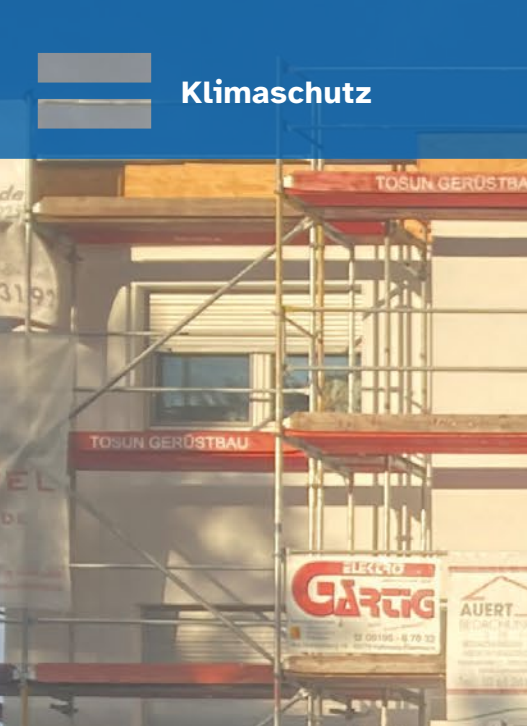
Der Fachkräftemangel wird sich 2031 weiter zuspitzen. Dann gehen nochmal viele Babyboomer in den Ruhestand.“

Matteo Barutzki

Referent Schwerpunktthema „Fachkräftesicherung – Ausbildung für alle“
matteo.barutzki@paritaet-hessen.org

Gefördert durch die





Rahmenbedingungen für den Klimaschutz in sozialen Einrichtungen verbessern

Anfang 2024 startete der Paritätische Landesverband das Projekt „Klimaschutz im Paritätischen Hessen“ mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für Klimaschutzmaßnahmen in den Einrichtungen seiner Mitgliedsorganisationen zu verbessern.

Klimaschutz und der Umgang mit den Folgen des Klimawandels sind Themen, die auch in der sozialen Arbeit immer wichtiger werden – das hat nicht zuletzt die Mitgliederbefragung des Paritätischen Hessen im Herbst 2024 gezeigt. Mit dem neuen Projekt intensiviert der Paritätische Hessen seine Lobbyarbeit, um zu erreichen, dass die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für Klimaschutzmaßnahmen sozialer Träger verbessert werden. Gleichzeitig gibt es im Rahmen des Projekts eine Vielzahl von Infoveranstaltungen und Austauschformaten sowie Beratung. Mit der evangelischen Bank hat der Landesverband zudem einen Rahmenvertrag für ein Immobilien-Bewertungstool abgeschlossen, das sowohl den CO₂-Fußabdruck der Gebäude ermittelt als auch Handlungsoptionen aufzeigt und bei der Erstellung eines Finanzierungskonzepts für bauliche Maßnahmen unterstützt.

Viele Träger sind schon aktiv

„Viele Träger der sozialen Arbeit haben bereits begonnen, Maßnahmen des Klimaschutzes umzusetzen, und würden gerne mehr tun. Oft scheitert die Umsetzung jedoch an den Rahmenbedingungen“, sagt Claudia Vortmann vom Projekt Klimaschutz im Paritätischen Hessen. Die wichtigsten Stellschrauben zur Verbesserung dieser Rahmenbedingungen hat der Paritätische Gesamtverband gemeinsam mit den anderen Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in einem Forderungspapier benannt. Es richtet sich an Verantwortliche in Politik und Verwaltung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Der Titel: „Transformation zur Klimaneutralität in der Freien Wohlfahrtspflege ermöglichen“. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben sich zum Ziel gesetzt, auf dem Weg zur Klimaneutralität in der sozialen Arbeit konsequent voranzuschreiten. Sie möchten damit einen Beitrag zur Erreichung der deutschen Klimaziele leisten. Denn Klimaschutz ist kein abstraktes Ziel: Es gilt, die Lebensbedingungen der Menschheit auf der Erde zu erhalten.



„Die Folgen des Klimawandels sind ungleich verteilt. Die damit verbundenen Kostensteigerungen für Energie, Lebensmittel und Investitionen treffen soziale Einrichtungen sowie Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders hart. Klima- und Sozialpolitik müssen konsequent zusammengedacht werden, um Teilhabechancen zu sichern und die gesetzlich verankerten Klimaziele zu erreichen.“

► Claudia Vortmann

Projektkoordination „Klimaschutz im Paritätischen Hessen“
claudia.vortmann@paritaet-hessen.org



Menschen vor gesundheitlichen Folgen extremer Hitze schützen

Bereits jetzt sind die Auswirkungen der Erdüberhitzung deutlich zu erkennen. Eine Analyse des Centre for Planetary Health Policy (CPHP) und KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. – zeigt: Hitze fordert mehr Menschenleben als der Straßenverkehr. In 16 von 27 EU-Ländern überstieg die Zahl der Hitzetoten 2023 bereits die der Verkehrstoten. Besonders betroffen von den Hitze Folgen sind ältere Menschen, Menschen mit chronischen Erkrankungen, sozial Benachteiligte und Stadtbewohner*innen. Die Krankenkasse DAK untersuchte im Rahmen ihres Kinder- und Jugendreports die Auswirkungen von Hitze auf Kinder und Jugendliche in Hessen. Der Report zeigt, dass das Risiko für Sonnenstiche, Erschöpfungssymptome oder Hitzekrämpfe stark steigt. In Hessen werden jährlich circa 260 Kinder und Jugendliche deswegen ärztlich behandelt. Es ist daher wichtig, insbesondere in Kinder- und Jugendeinrichtungen, Pflegeheimen, Krankenhäusern und in betreuten Wohngemeinschaften die Menschen vor den gesundheitlichen Risiken extremer Hitze zu schützen.

Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen sind alternativlos. Die entstehenden Kosten müssen gerecht verteilt werden. Es ist Aufgabe des Staates, eine klimaneutrale öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu stärken. Der Paritätische plädierte deshalb gemeinsam mit den anderen Verbänden der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen in einem Schreiben an die hessischen Bundestagsabgeordneten, das neue Sondervermögen des Bundes und des Landes Hessen müsse auch für Investitionen in die klimagerechte Sanierung sozialer Einrichtungen genutzt werden. Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung würden von den Kostenträgern bislang nicht refinanziert; zudem mangle es an passgenauen staatlichen Förderprogrammen. Die Rahmenbedingungen der Finanzierung seien zudem extrem schwierig, so Claudia Vortmann.



Bürgerschaftliches Engagement besser unterstützen

Freiwilliges soziales Engagement ist kein Selbstläufer. Es braucht neben Anerkennung und Wertschätzung gezielte Unterstützung, auch was das Miteinander von haupt- und ehrenamtlichen Kräften angeht. Mit Fachtagen und Workshops trägt der Verband dazu bei, Erfahrungen und erfolgreiche Praxisbeispiele aus Mitgliedsorganisationen bekannt zu machen. Gleichzeitig kommen aus der Praxis auch wichtige Argumente für politische Forderungen des Verbands. Um die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern, hält der Paritätische Hessen ein ganzes Bündel von Maßnahmen für erforderlich:

- Der Zugang zu freiwilligem Engagement muss erleichtert werden. Dazu braucht es mehr hauptamtliche Freiwilligenkoordinator*innen, die Ehrenamtliche gewinnen, schulen und begleiten. Ebenso wichtig sind Freiwilligenagenturen.
- Bürgerschaftliches Engagement muss für alle Menschen möglich sein: Herkunft, Alter, sprachliche Barrieren, eine Beeinträchtigung oder geringes Einkommen dürfen keine Rolle spielen. Darum ist es wichtig, Unterschiede in den Möglichkeiten zur Ausübung eines Ehrenamts durch Förderprogramme auszugleichen. Ein Ansatz wäre, dass Ehrenamtliche öffentliche Verkehrsmittel kostenlos nutzen können. Vergünstigungen wie die Ehrenamts-Card in einigen hessischen Kommunen sind an zu hohe Anforderungen gebunden, die nur von einem Teil der ehrenamtlich Engagierten erfüllt werden können. Die Vielseitigkeit und Vielfalt modernen bürgerschaftlichen Engagements jenseits von Vereinsstrukturen und von langer Dauer finden hier keine Berücksichtigung.
- Es braucht eine stabile Grundförderung des Engagements im Bereich sozialer Arbeit. Die häufig projektbezogene Förderung endet nach einer Anschubphase wieder. Diese kommt meist auch nur innovativen Projekten zugute, während bereits etabliertes Engagement, zum Beispiel in Nachbarschaftszentren, leer ausgeht.



” Im Paritätischen Hessen engagieren sich mehr als 17.000 Menschen ehrenamtlich. Ohne sie wären viele soziale Projekte nicht möglich. Dabei müssen wir aber auch darauf achten, dass freiwilliges soziales Engagement in unserer Gesellschaft nicht als Lückenfüller für fehlende Fachkräfte dient. Es ist wichtig, die Balance zu halten.“

► **Nina Hollatz**

Projektreferentin Bürgerschaftliches Engagement
nina.hollatz@paritaet-hessen.org

Nachbarschaftshilfen vernetzen sich

Nachbarschaftszentren und Nachbarschaftshilfevereine spielen eine immer größer werdende Rolle in der niedrigschwelligen Unterstützung von älteren Menschen, aber auch von jüngeren, die wegen körperlicher Beeinträchtigungen vielfältige Hilfe benötigen. Dazu gehören hausnahe Dienstleistungen wie Einkaufen, Kochen, Waschen, Putzen, aber auch Begleitung zu Ärzten, Ämtern oder zu Veranstaltungen oder gemeinsame Aktivitäten. Ehrenamtlich Engagierte machen es möglich, dass die Betroffenen möglichst lange in ihrem gewohnten Zuhause bleiben können und nicht in Pflegeeinrichtungen versorgt werden müssen.

Im Rahmen des Modellprojekts „NAH sein – Nachbarschaftshilfe im Alltag und im Haushalt von Älteren“ wurden von Dezember 2023 bis Februar 2025 Unterstützungsangebote für Nachbarschaftshilfevereine, die hausnahe Dienstleistungen erbringen, entwickelt, erprobt und verbreitet. Federführend war das IWAK-Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur in Frankfurt. Auf dessen Homepage gibt es diverse Materialien zum Download: www.iwak-frankfurt.de.

Das Projekt gab Anfang 2025 auch den Anstoß zur Gründung des hessischen Landesverbands der Nachbarschaftshilfen LVN e.V., dem mehrere Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Hessen angehören.

lvn-hessen.de

Michael bringt die Wohnung zum Strahlen und Eberhard zum Lachen



Michael Seibert ist seit dem Beginn
des Alltagsbegleitungsprojekts dabei.

Es geht bergauf. Eberhard Seel ist optimistisch, dass er irgendwann sogar wieder Fahrrad fahren kann. Seit seiner Krebserkrankung im vorigen Jahr ist er in seiner Beweglichkeit arg eingeschränkt. Vor allem bücken kann sich der 84-Jährige nicht gut. Er ist froh, dass einmal in der Woche Michael Seibert zu ihm kommt. Der 54-Jährige ist eine von elf Marburger Stadtteil-Hummeln, genauer gesagt: die einzige männliche Hummel. Die Hummeln sind Alltagsbegleiter*innen, die ausschwärmen, um Menschen mit Unterstützungsbedarf zu helfen, damit sie trotz der Einschränkungen weiter in ihrem gewohnten Zuhause leben können – so wie Eberhard Seel, der mit drei Frauen in einer selbstorganisierten Hausgemeinschaft lebt.

Seit Beginn des Alltagsbegleitungsprojekts vor drei Jahren ist Michael Seibert als Hummel dabei. „Ich finde es wichtig, hilfsbereit zu sein. Anderen Menschen unter die Arme zu greifen, damit sie weiterhin in ihren vier Wänden bleiben können, ist eine schöne Aufgabe.“

Hilfe und Humor

„Das Dumme ist nur: Wenn Michael kommt, muss ich eine Stunde vorher anfangen aufzuräumen, damit er sich hier zurechtfindet“, sagt Eberhard Seel lachend. „Das hat auch erzieherische Wirkung.“ Die beiden Männer haben einen ähnlichen Humor: „Wenn mittwochs der Michael kommt, lachen wir gemeinsam. Und hinterher strahlt die Wohnung wieder“, freut sich Eberhard Seel. Dass Hummeln und Klient*innen gut zusammenpassen, darauf achtet Diana Albrecht, die als Projektkoordinatorin die Erstgespräche mit den Beteiligten führt und auch die Einsatzpläne macht.

Marburger Stadtteil-Hummeln

Im Haushalt helfen, kochen, einkaufen gehen, zu Arzt-, Ämter- oder Friseurterminen begleiten, Gesellschaft leisten – die Aufgaben der Stadtteil-Hummeln sind vielfältig. Vorbereitet werden sie darauf mit einem Qualifizierungskurs, den die Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit in Kooperation mit einer Pflegeschule anbietet.

In Anspruch nehmen kann die Hilfe der Alltagsbegleiter*innen, wer einen Pflegegrad hat. Denn aus dem Entlastungsbetrag, den die Krankenkassen dann zahlen, wird ein Anerkennungsbeitrag für die Alltagsbegleiter*innen finanziert. „Für manche Hummeln ist das Engagement hier auch ein Sprungbrett ins Berufsleben, wie zum Beispiel für junge Mütter“, betont Carlotta Coda, die pädagogische Begleiterin des Projekts. Daher schwankt die Schwarmgröße auch immer ein bisschen. Bislang ist das Projekt aus Kapazitätsgründen auf den Stadtteil Ockershausen beschränkt.



Eberhard Seel freut sich über Hilfe
und humorvolle Gespräche.



50 Jahre Psychiatrie-Enquête: Bessere Versorgung psychisch erkrankter Menschen

Veranstaltungen zum Jubiläum

Zusammen mit Mitgliedsorganisationen hat der Paritätische Hessen im zweiten Halbjahr 2025 zum Thema „50 Jahre Psychiatrie-Enquête“ einen Fachtag in Frankfurt (21. Oktober 2025) organisiert. Zu den Veranstaltung zum Jubiläum gehörten unter anderem auch Führungen im Psychiatriemuseum Vitos Gießen.

Weg von der Verwahrung in Kliniken hin zur wohnortnahen Behandlung: Ab Mitte der 1970er Jahre wurde die psychiatrische Versorgung in Deutschland grundlegend reformiert. Dem Umbruch voraus ging die jahrelange Arbeit der Enquête-Kommission zur Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundestag hatte die Kommission 1971 eingesetzt. Ausschlaggebend dafür war die zunehmende öffentliche Kritik an den menschenunwürdigen Zuständen in psychiatrischen Einrichtungen, insbesondere Großkrankenhäusern. Aber auch Fachleute aus Medizin, Sozialarbeit und Justiz forderten Reformen.

1975 veröffentlichte der Deutsche Bundestag den Abschlussbericht der Psychiatrie-Enquête. In dem Bericht wurden „beträchtliche Lücken in der Versorgung auf allen Gebieten“ angeprangert: unter anderem fehlende therapeutische Angebote und die weitgehende Ausgrenzung psychisch erkrankter Menschen aus der Gesellschaft.

Abbau großer psychiatrischer Kliniken

Die Enquête-Kommission forderte daher den Abbau großer psychiatrischer Einrichtungen zugunsten einer wohnortnahen Versorgung mit ambulanten Diensten, betreutem Wohnen, Tageskliniken und Krisendiensten. Diese sollten helfen, Klinikaufenthalte möglichst zu vermeiden oder zu verkürzen. Als Konsequenz wurden auch in Hessen die großen psychiatrischen Landeskrankenhäuser durch ambulante Angebote oder auch heilpädagogische Einrichtungen ergänzt beziehungsweise abgelöst.

Anlässlich des 50. Jahrestags der Veröffentlichung der Psychiatrie-Enquête im Jahr 2025 blickt der Paritätische Hessen zurück auf die Anfänge der Reformbewegung und beleuchtet die aktuelle Versorgung psychisch erkrankter Menschen. „Wir sehen nach wie vor großen Verbesserungsbedarf, etwa beim Übergang von der Klinik in die ambulante Versorgung“, sagt Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen. Der Verband mahnt eine bessere personelle Ausstattung der Einrichtungen und strukturelle Reformen an.

Landesregierung will Gesetzentwurf nach Kritik überarbeiten

Kritik übte der Verband am 10. Juni 2025 von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zum Hessischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz. Dieser sah vor, Kliniken zur Meldung an Polizei und Ordnungsbehörden zu verpflichten, wenn bei Entlassung eines psychisch kranken Patienten aus ärztlicher Sicht weiterhin eine Fremdgefährdung möglich sei. Der Paritätische betonte, dies trage zur Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen bei und schaffe weder mehr Sicherheit noch bessere Versorgung.

Nach breiter Kritik signalisierte die Landesregierung, dass sie den Entwurf überarbeiten wolle. „Nun bleibt abzuwarten, wie die Änderungen konkret ausfallen und wie ein Zusammenspiel zwischen Kliniken, Sozialpsychiatrischen Diensten, Ordnungsbehörden, Polizei, Betroffenen und Leistungserbringern gestaltet werden soll“, so Brigitte Roth, Referentin Behindertenhilfe und Soziale Psychiatrie.



„Mit der Psychiatrie-Enquête wurden erstmals die Interessen und die Lebenssituation Betroffener ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Es wurde viel erreicht; wir sehen jedoch aufgrund der aktuellen Einsparungsdebatten rund um das Bundesteilhabegesetz die Gefahr, dass sich die Versorgung von Menschen mit psychischer Erkrankung sowie von Menschen mit kognitiver Einschränkung und von wohnungslosen Menschen wieder verschlechtert und erreichte Rechte in Frage gestellt werden.“

► **Brigitte Roth**

Referentin für Soziale Psychiatrie
brigitte.roth@paritaet-hessen.org



Im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Fürsorge

Das Jubiläum der Psychiatrie-Enquête lenkt dieses Jahr verstärkt den Blick auf die Umsetzung der vor einem halben Jahrhundert gesteckten Reformziele. Horst Mathiowetz ist seit 31 Jahren beim Förderverein für seelische Gesundheit e.V. tätig und seit 2018 dessen Geschäftsführer. Er hat dazu einige Gedanken formuliert:

Als das Psychiatrische Krankenhaus (PKH) Gießen, die heutige Vitos-Klinik, im März 1973 durch eine Stern-Reportage über unhaltbare Zustände bundesweit Schlagzeilen machte, gab es an der Klinik bereits eine kleine Gruppe engagierter Mitarbeiterinnen, die sich für eine bessere Versorgung der psychisch kranken Menschen einsetzten. Sie wurden durch die öffentliche Aufmerksamkeit gestärkt und gaben auch viele ihrer Gedanken an den bekannten Gießener Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter weiter, der Mitglied der Enquête-Kommission war. Diese Ideen flossen dann auch zum großen Teil in die Empfehlungen der Psychiatrie-Enquête ein. So wurde Gießen zu einem bundesweit bedeutenden Motor der Psychiatrie-Reform.

Aufbau einer modernen Gemeindepsychiatrie

Eine Gruppe von Pflegekräften und Ärzt*innen des PKH, Studierende und auch Laienhelfer*innen sowie engagierte Bürger*innen und Angehörige ergriffen dann 1974 die Initiative zur Gründung zweier Vereine: des Vereins der Freunde und Förderer des PKH Gießen e.V., des heutigen Fördervereins für seelische Gesundheit e.V., und des Vereins zur Betreuung psychisch Kranker e.V., aus dem die Profile gGmbH entstanden ist. Damit legten sie einen wichtigen Grundstein für den Aufbau einer modernen Gemeindepsychiatrie im Landkreis Gießen und dem Lahn-Dill-Kreis.

„Die Entwicklung der letzten 50 Jahre hat für Menschen mit psychischer Erkrankung mehr gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung gebracht, aber auch höhere Anforderungen an die Selbstverantwortung.“

► Horst Mathiowetz

Geschäftsführer des Fördervereins für seelische Gesundheit



Die Vereine hatten das Ziel, die Situation in der Klinik zu verbessern. Gleichzeitig galt es, Möglichkeiten zur Enthospitalisierung zu schaffen. So entstanden kleine Wohnheime und Wohngemeinschaften für die Menschen, die bis dato in der Klinik gelebt hatten. Mitarbeiter*innen aus der Klinik, Angehörige, Studierende und andere Engagierte betreuten die Menschen dort zunächst ehrenamtlich. Die Professionalisierung begann erst Mitte der 1980er Jahre, nachdem die Gesetzesgrundlagen für die Finanzierung der Betreuung außerhalb der Kliniken geschaffen waren.

Es herrschte in den 70er Jahren insgesamt eine große Aufbruchstimmung. So sind hier in der Region viele sozialpsychiatrische Initiativen, Gemeinwesenprojekte und erste psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen entstanden. Viele fanden im Paritätischen ihr verbandliches Zuhause – und haben den Verband natürlich mitgeprägt. Die Empfehlung aus der Psychiatrie-Enquête zur Förderung von Beratungsdiensten und Selbsthilfegruppen ist hier in der Region sehr rege umgesetzt worden. Heute existiert ein breites Spektrum ambulanter Behandlungs-, Betreuungs-, Beratungs- und Assistenzleistungen, die gemeinsam mit den Klinikleistungen im Gemeindepsychiatrischen Verbund vernetzt sind. Für die Ziele soziale Teilhabe und Teilhabe an Arbeit gibt es aktuell vielfältige Optionen an Unterstützung.

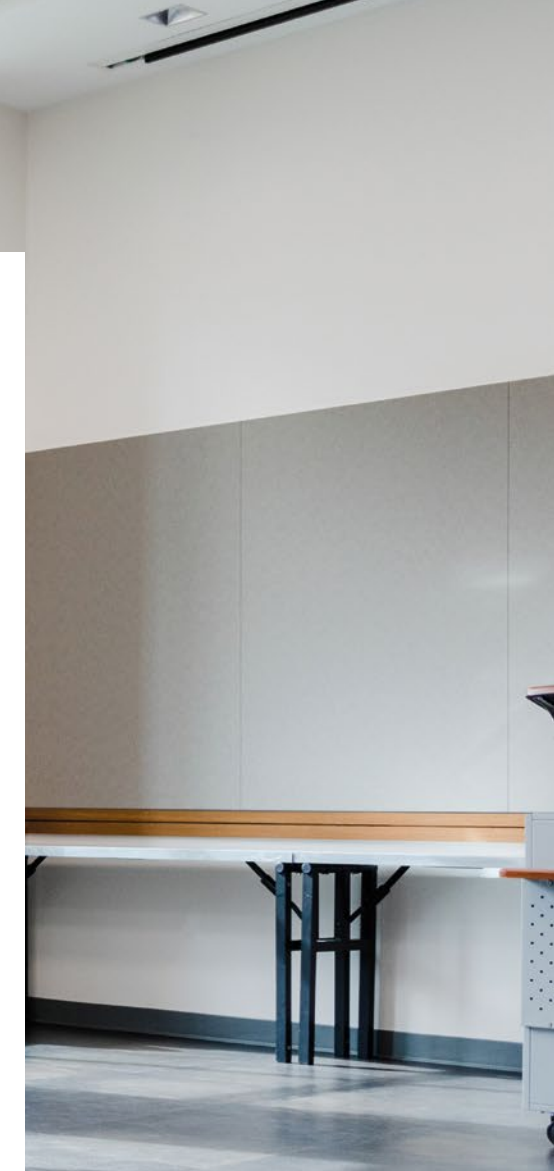
Mehr Selbstbestimmung bedeutet auch mehr Verantwortung

Die Entwicklung der letzten 50 Jahre hat für Menschen mit psychischer Erkrankung mehr gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung gebracht, aber auch höhere Anforderungen an die Selbstverantwortung. Als Akteure der Sozialpsychiatrie sind wir hier immer wieder gefordert, im Spannungsfeld zwischen den beiden Polen Autonomie und Fürsorge im Sinne unserer Klient*innen die Balance zu finden. Denn mit weniger Fürsorge ist auch die Gefahr verbunden, dass Menschen durch die Maschen des Hilfesystems fallen, wenn sie es nicht schaffen, sich Unterstützung zu holen – zum Beispiel in einer akuten psychischen Krise. Oder dass Menschen mit sehr herausforderndem Verhalten nach einer Krise länger in der Klinik bleiben müssen, weil sie keine entsprechende Nachsorge finden. Denn kritisch müssen wir feststellen: Es gibt aktuell zu wenig Versorgungsangebote für die wachsende Zahl an Menschen, die neben einer psychischen Erkrankung beispielsweise noch eine komplexe Suchtproblematik und infolgedessen besonderen Unterstützungsbedarf haben. Hierfür ausreichend Ressourcen und Qualität trotz knapper kommunaler Kassen zur Verfügung zu stellen ist eine drängende sozialpolitische Aufgabe für alle Beteiligten.

Förderverein für seelische Gesundheit e.V.

Der Förderverein für seelische Gesundheit e.V. unterstützt mit seinem vielfältigen Angebot seelisch kranke und behinderte Menschen in ihrer Selbstbestimmung und ganz praktisch in ihrer alltäglichen, möglichst eigenständigen Lebensgestaltung. Das umfasst die Bereiche Wohnen und soziale Teilhabe ebenso wie die Integration ins Arbeitsleben.

www.fsg-giessen.de



EX-IN-Genesungsbegleiter Andreas Jung im Interview:

„Wir brauchen mehr Dynamik mit Blick auf die Inklusion von Menschen mit psychischen Erkrankungen“

Herr Jung, was bedeutet EX-IN?

Andreas Jung: EX-IN steht für Experienced Involvement – die Beteiligung Erfahrener. Aufgrund einer von der Europäischen Gemeinschaft geförderten Initiative werden Menschen, die eine psychische Erkrankung erlebt haben, qualifiziert, um als EX-IN-Genesungsbegleiter*innen im System der psychiatrischen Gesundheitsversorgung zu arbeiten.

*Was ist aus Ihrer Sicht die entscheidende Qualifikation von Genesungsbegleiter*innen?*

Ganz eindeutig das Erfahrungswissen. Durch unsere eigenen Erfahrungen mit psychischen Erkrankungen haben wir einen anderen Zugang zu den Betroffenen und ihrem Krankheitserleben. Wir schauen, was selbst in der Krise noch an persönlichen Ressourcen da ist. Und was für Betroffene in der jeweiligen Situation wirklich hilfreich sein kann. Jeder Mensch hat das Potenzial zur Genesung. Dabei ist es ganz zentral, die Menschen zu hören, ernst zu nehmen und an den Entscheidungen, die sie betreffen, zu beteiligen. Wichtig ist uns auch, den Blick auf die Chancen, ja sogar Schätze zu lenken, die eine psychiatrische Erfahrungsgeschichte oft birgt.

Ist es inzwischen selbstverständlich, als Erfahrener im System der psychiatrischen Versorgung auf Augenhöhe ernst genommen zu werden?

Das ist es leider nicht. Es ist bundesweit auch sehr unterschiedlich, wie stark Kostenträger und Kliniken den Einsatz von EX-IN-Genesungsbegleiter*innen unterstützen. In bin in verschiedenen Bundesländern unterwegs und würde aus meiner persönlichen Erfahrung sagen: In Hessen müssen wir immer noch viel Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit leisten. Wir gelten bei der tariflichen Einstufung als nicht qualifizierte Hilfskräfte, was zeigt, dass unserer Qualifikation von Kostenträgerseite noch immer nicht viel Wertschätzung entgegengebracht wird.

Aber positiv ist natürlich, dass im hessischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz Genesungsbegleitung in den Kliniken grundsätzlich unterstützt wird. Seit der Gesetzesnovelle von 2021 ist eine stärkere Beteiligung von Psychiatrie-Erfahrenen und ihren Angehörigen sowie von Genesungsbegleiter*innen im Hilfesystem gesetzlich verankert.



Andreas Jung und der Verein EX-IN

Andreas Jung ist Vorsitzender des Vereins EX-IN Hessen e.V. Marburg, der 2013 auf seine Initiative hin gegründet wurde. Ziel der Paritätischen Mitgliedsorganisation ist es, darauf hinzuwirken, dass Menschen mit psychischer Erkrankung ganz selbstverständlich ihren Platz in der Gesellschaft haben und auch im Berufsleben besser integriert sind.

Andreas Jung arbeitet seit zehn Jahren als Genesungsbegleiter. Er berät sowohl Teams im betreuten Wohnen eines sozialpsychiatrischen Trägers als auch eigene Klient*innen, die von unterschiedlichen psychischen Erkrankungen betroffen sind. Darüber hinaus ist er als Trainer in der Weiterbildung von EX-IN-Genesungsbegleiter*innen aktiv.

www.ex-in-he.de

*Wer bezahlt die Weiterbildungskurse für EX-IN-Genesungsbegleiter*innen?*

Bei uns in Marburg ist es so, dass wir Unterstützung von der Aktion Mensch bekommen. Das deckt etwa 40 Prozent der Weiterbildungskosten. Den Rest müssen die Teilnehmenden selbst finanzieren. Manchmal gibt es aber auch noch Unterstützung von Jobcentern.

Ich kenne aus Bayern und Baden-Württemberg Beispiele, bei denen Träger quasi Stipendien für die Ausbildung von Betroffenen zu Genesungsbegleiter*innen vergeben und diese dann anschließend auch beschäftigen. Es wäre schön, wenn solche Beispiele auch hier Schule machen, weil die Träger dies auch als lohnende Investition in die Weiterentwicklung der eigenen Einrichtung sehen.

Meines Erachtens gibt es im System der psychiatrischen Versorgung immer noch zu wenig Genesungsorientierung. Die Psychiatrie-Enquête hat seinerzeit viel Dynamik gebracht. Daran gilt es heute wieder stärker anzuknüpfen, insbesondere im Hinblick auf die Inklusion. Ambulante Versorgungsstrukturen sind wichtig, aber sie allein gewährleisten noch keine Inklusion. Da muss sich unser System noch viel mehr öffnen. Wir sehen unsere Aufgabe als Genesungsbegleiter*innen vor allem darin, Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben mit dem Ziel, dass sie auch – wieder – selbstbestimmt ihr Leben in der Gemeinschaft gestalten können.



Rose Maria Konang im Interview:
„Angehörige sind im
Behandlungsprozess unverzichtbar“

Rose Maria Konang ist seit 2019 ehrenamtlich im Vorstand des hessischen Landesverbands der Angehörigen und Freunde von Menschen mit psychischen Erkrankungen (ApK Hessen). Dieser wurde 1988 in Offenbach von Edith Mayer gegründet. Rose Maria Konang hat als Angehörige mehrfach psychisch erkrankte Menschen in ihrer Familie begleitet. Das psychiatrische Hilfesystem kennt sie auch durch ihre berufliche Tätigkeit als Sozialpädagogin. In den Anfängen der Psychiatrie-Enquête war sie Mitarbeiterin in der Modellregion Darmstadt.

Was bedeuteten die Psychiatrie-Enquête und die Psychiatriereform für die Angehörigen?

Rose Maria Konang: Die Angehörigen wurden in der Anfangszeit der Reform wenig berücksichtigt. Ihre Rolle war verbunden mit Scham und Schuldgefühlen. Die damals gesellschaftlich vorherrschende, stigmatisierende Denkweise war: Wenn ein Familienmitglied krank wird, ist die Familie schuld. Der psychisch erkrankte Mensch galt als Opfer der Eltern oder Symptomträger eines gestörten Systems. Der Psychiater Professor Klaus Dörner hat mit seinem Buch „Freispruch der Familie“ wichtige Impulse für einen anderen Blick auf die Angehörigen gegeben, aber zum Teil begegnen wir auch heute immer noch diesen alten Sichtweisen.

In den 1980er Jahren sind die ersten Vereinigungen von Angehörigen psychisch Erkrankter entstanden. Sie wollten ein Sprachrohr für Angehörige psychisch erkrankter Menschen sein und diese dabei unterstützen, mit den Herausforderungen und Belastungen umzugehen, die mit der Erkrankung eines Familienmitglieds verbunden sind.

Heute ist die Angehörigenbewegung eine wichtige Interessenvertretung, die sich für eine bessere Versorgung und Unterstützung psychisch Erkrankter und ihrer An- und Zugehörigen einsetzt. Sie verstehen sich auch als Sprachrohr psychisch erkrankter Menschen, die sich nicht selbst vertreten können. Was sind Ihre wichtigsten politischen Forderungen?

In den vergangenen 50 Jahren wurde viel erreicht: Wir haben inzwischen ein gemeindepsychiatrisches System mit vielen guten Ansätzen. Und es hat sich die Einsicht entwickelt, dass Angehörige im Behandlungsprozess unverzichtbar sind. Aber wir sind noch weit davon entfernt, als An- und Zugehörige verbindlich und regelhaft einbezogen zu werden. Dazu bräuchte es unter anderem die Erweiterung der personenzentrierten zu einer systemischen Sichtweise.

Zugleich müssen wir feststellen, dass das aktuelle Hilfesystem zu wenig an den Bedarfen psychisch erkrankter Menschen mit komplexerem Hilfebedarf orientiert ist. Die zunehmend erforderliche wirtschaftliche Orientierung der Leistungserbringer führt leider häufig dazu, dass gerade jene Menschen ausgeschlossen werden, die Unterstützung am dringendsten benötigen.

Und es mangelt an ambulanter Krisenversorgung, wie sie etwa ein aufsuchender, 24 Stunden erreichbarer Krisendienst leisten könnte. Aber vor allem mangelt es an Personal und Zeit. Dabei sind das in vielen Fällen entscheidende Faktoren.

Wir brauchen Kliniken, die auch nachsorgend und aufsuchend tätig werden. Das ist nötig, weil viele Betroffene nicht über die Fähigkeit verfügen, in schwierigen Phasen selbst auf helfende Institutionen zuzugehen. Darum plädieren wir auch für eine kontinuierliche Bezugsbegleitung – idealerweise für die gesamte Dauer der Hilfebedürftigkeit. Vor allem bei Systemübergängen kann sie eine wichtige Anker- und Lotsenfunktion übernehmen.

Was ist noch notwendig aus Ihrer Sicht?

Eine regionale Pflichtversorgung und verbindliche Kooperation und Kommunikation aller Leistungserbringer in einer Region in den Gemeindepsychiatrischen Verbünden. Dafür brauchen wir auch eine flächendeckende Psychiatrieplanung.

Haben Sie noch ein wichtiges Anliegen?

Ja, im Hinblick auf die aktuelle Debatte um das angebliche Risiko von Gewalttaten durch psychisch erkrankte Menschen. Hier plädiert der ApK Hessen für ein ernstzunehmendes Präventionsmanagement. Wir brauchen mehr oder überhaupt bedarfsgerechte Unterstützungsangebote für psychisch erkrankte Menschen, vor allem auch in krisenhaften Phasen. Was wir nicht brauchen, sind eine weitergehende Erfassung, Kontrolle und Stigmatisierung psychisch erkrankter Personen.

ApK Hessen

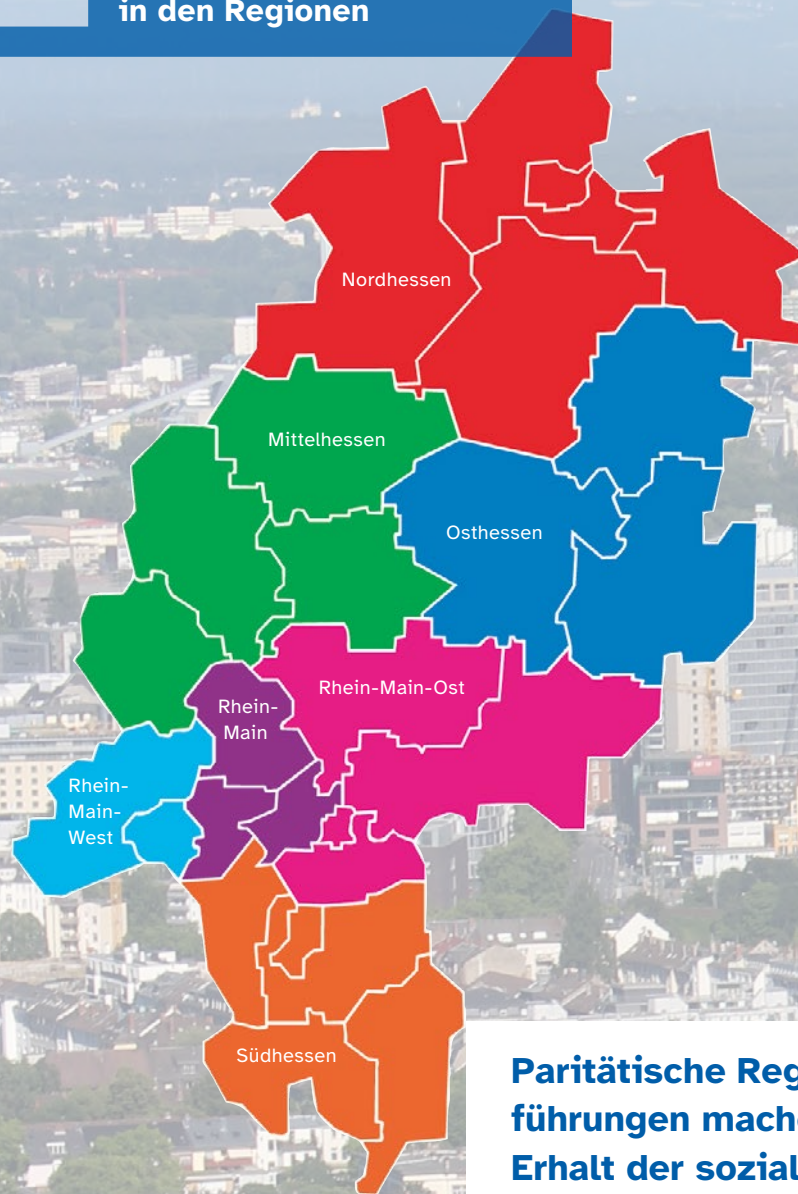
Der Landesverband der Angehörigen und Freunde von Menschen mit psychischen Erkrankungen in Hessen e.V. (ApK) hat seinen Sitz in Frankfurt. Er wurde 1988 in Offenbach gegründet. Der ApK Hessen unterstützt sowohl Angehörige als auch psychisch erkrankte Menschen, die sich nicht selbst vertreten können, durch Beratung, Information und Austausch. Zudem setzt er sich für Entstigmatisierung psychisch kranker Menschen ein und vertritt ihre Belange gegenüber Politik, Fachinstitutionen und Öffentlichkeit.

www.angehoerige-hessen.de

„Wir brauchen mehr oder überhaupt bedarfsgerechte Unterstützungsangebote für psychisch erkrankte Menschen, vor allem auch in krisenhaften Phasen.“

► **Rose Maria Konang**

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des hessischen Landesverbands der Angehörigen und Freunde von Menschen mit psychischen Erkrankungen e.V.



Paritätische Regionalgeschäfts- führungen machen sich stark für den Erhalt der sozialen Infrastruktur

Immer mehr Leistungen der sozialen Daseinsvorsorge werden von Bundes- und Landesebene auf die Kommunen übertragen – etwa in der Familien- und Jugendhilfe oder der Eingliederungshilfe. Damit einher geht eine steigende Verantwortung auf lokaler Ebene, oft jedoch ohne eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Im Gegenteil: Freiwillige Leistungen wie beispielsweise in der offenen Kinder- und Jugendhilfe, aber auch niedrigschwellige Beratungs- und Hilfsangebote sind immer öfter von Einsparungen betroffen oder bedroht. Dies führt zu einer bedrohlichen Entwicklung: Viele soziale Träger müssen ihre Angebote reduzieren oder gar einstellen. Qualität und Quantität der Hilfe drohen zu erodieren.

Die Regionalgeschäftsführungen des Paritätischen Landesverbands Hessen übernehmen in dieser Gemengelage eine wichtige Rolle: Sie setzen sich ein für den Erhalt der sozialen Infrastruktur – als Sprachrohr und Lobbyvertretung der Mitgliedsorganisationen, die Träger einer Vielzahl sozialer Einrichtungen sind, und als Interessenvertretung der Menschen, für die diese Einrichtungen da sind.

► Heike Lange

Regionalgeschäftsführerin in Wiesbaden
wiesbaden@paritaet-hessen.org

Sozialplanung muss kooperativ sein

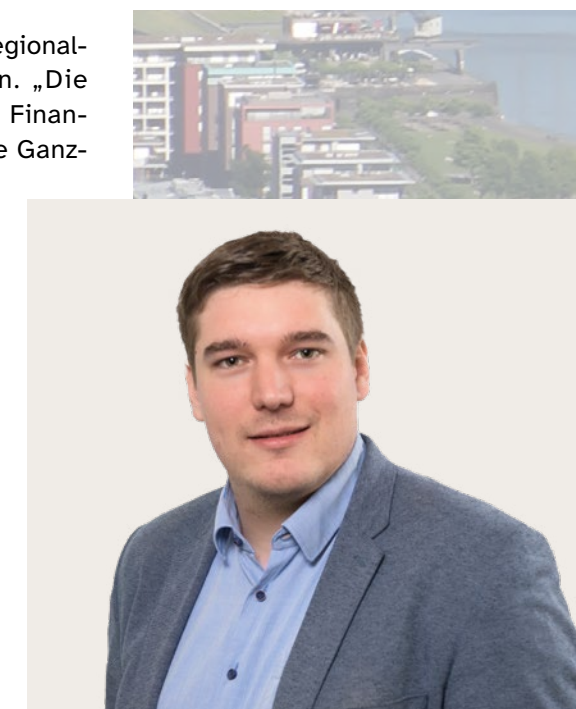
Die Teams in den Regionalgeschäftsstellen kooperieren eng mit den Kreisgruppen-Sprecher*innen, die aus der Praxis sozialer Arbeit ihre Erfahrungen einbringen. Gemeinsam sehen sie eine zentrale Aufgabe darin, für den Erhalt der sozialen Infrastruktur zu kämpfen. Und zwar möglichst gemeinsam mit den kommunalen Gremien, mit Verwaltung und Politik. „Nur gemeinsam wird es Kommunen und freien Trägern gelingen, die soziale Infrastruktur vor Ort zu erhalten“, sagt Claudia Klee, Regionalgeschäftsführerin des Paritätischen in Gießen. „Die Herausforderungen sind groß: Fachkräftemangel, Finanzierungsdruck, neue gesetzliche Vorgaben wie die Ganztagsbetreuung an Schulen. Wir wollen zusammen mit anderen Akteur*innen vor Ort und der Politik kreative Lösungen entwickeln, um die bestehenden Strukturen demokratisch, kooperativ und nachhaltig weiterzuentwickeln.“

Ein wichtiges Instrument für eine solche Weiterentwicklung ist eine integrierte beziehungsweise kooperative Sozialplanung, in die die Orts- und Kreisligen der Freien Wohlfahrtspflege, soziale Träger und kommunale Akteure eingebunden sind. Wie eine solche Sozialplanung aussehen sollte, schildert Sven Malsy, Mitglied der Geschäftsleitung des Paritätischen Hessen und Regionalgeschäftsführer in Offenbach: „Zunächst muss eine Bedarfsanalyse auf Basis verlässlicher Daten erfolgen. Diese muss mit bestehenden Angeboten abgeglichen werden. Dann sind Ziele und Konzepte sowie eine Finanzplanung zu erarbeiten. Und schließlich sollte eine Evaluation der Maßnahmen erfolgen.“ Und er kritisiert zugleich: „Die Beteiligung der freien Träger und Verbände an solchen Prozessen ist nach unseren Erfahrungen in den Regionen höchst unterschiedlich ausgeprägt – sie reicht von echter Mitgestaltung bis hin zur kargen nachträglichen Information darüber, was kommunale Gremien beschlossen haben. Das kann man nicht wirklich als Beteiligung bezeichnen.“



► Claudia Klee

Regionalgeschäftsführerin in Gießen
giessen@paritaet-hessen.org



► Sven Malsy

Regionalgeschäftsführer in Offenbach
offenbach@paritaet-hessen.org



► **Jörg Müller**

Regionalgeschäftsführer in Kassel
kassel@paritaet-hessen.org

Untersuchung soll Handlungsoptionen aufzeigen

Um die Erfahrungen zu spezifizieren und politische Handlungsoptionen abzuleiten hat die Liga der Freien Wohlfahrtspflege Hessen beim Verein für Sozialplanung (VSOP e.V.) eine Untersuchung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse nun ausgewertet werden.

Gute Sozialplanung bedeute auch, ressortübergreifend zu denken, so Sven Malsy. „Beispielsweise: Schule und Jugendhilfe, Soziales und Gesundheit, Integration und Bildung – all das sind miteinander verwobene Themenfelder. Wer soziale Herausforderungen wirklich lösen will, muss Wechselwirkungen erkennen und gemeinsam handeln. Demokratische Beteiligung in Planung und Umsetzung bedeutet, dass Verfahren mit maximaler Transparenz und Mitsprachemöglichkeiten durchgeführt werden. Entscheidungen der Verwaltungen können so besser kommuniziert werden und erfahren höhere Akzeptanz.“

Die Paritätischen Regionalgeschäftsführungen bringen sich hier ein: „Wir machen Bedarfe sichtbar, schildern Erfahrungen aus der Praxis und zeigen konkrete Auswirkungen politischer Entscheidungen“, sagt Heike Lange, Regionalgeschäftsführerin in Wiesbaden. Mit großen Protestaktionen konnten soziale Träger in Wiesbaden in den vergangenen beiden Jahren geplante massive Einschnitte erfolgreich abwehren. Heike Lange: „Wir müssen den Politiker*innen immer wieder bewusst machen, was passiert, wenn die finanzielle Förderung sozialer Arbeit wegfällt – und im positiven Sinne auch, was möglich ist, wenn sie erhalten bleibt.“

Jörg Müller, Regionalgeschäftsführer in Kassel untermauert dies: „Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es wichtig, dass auch die Interessen von Menschen im Blick bleiben, die leicht übersehen

werden: Menschen mit geringem Einkommen, mit psychischer Erkrankung, mit Behinderung, mit Fluchtgeschichte oder in prekären Lebenslagen. Der Paritätische steht für eine partizipative Demokratie, in der nicht nur Mehrheiten, sondern auch Minderheiten eine Stimme haben.“

Sozialpolitische Arbeit auf kommunaler Ebene wird fachlich gestärkt

Mit dem Referat Kommunale Sozialpolitik hat der Paritätische Hessen Mitte 2025 eine strategisch zentrale Schnittstelle zwischen den Regionalgeschäftsstellen Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden, Fulda, Gießen und Kassel, den Fachreferaten des Verbands und kommunalpolitischen Akteur*innen in den Regionen etabliert.

Das Referat verbindet die Expertise der Mitgliedsorganisationen mit den Anforderungen kommunaler Strukturen und soll zur Stärkung einer sozial gerechten, solidarischen und demokratisch verankerten kommunalpolitischen Expertise innerhalb des Paritätischen Hessen beitragen.

Neue Mitgliedsorganisationen

- Ältere Casseler Turngemeinde von 1848 e.V.
www.actkassel.de
- Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Friedberg/Bad Nauheim und Umgebung e.V.
www.kinderschutzbund-fb-bn.de
- Flüchtlingshilfe Mittelhessen e.V., Wetzlar
www.fluechtlingshilfe-mittelhessen.de
- Förderkreis der Albert-Schweitzer-Schule e.V., Wetzlar
www.albertschweitzerschule-wetzlar.de
- Gleich X Anders (GxA) – Verein zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderung in das gesellschaftliche Leben e.V., Darmstadt
www.gleichxanders.de
- Haus Hohensolms gGmbH, Hohenahr
www.haus-hohensolms.de
- Initiative Zukunft Bockenheim e.V., Frankfurt am Main
www.zukunft-bockenheim.de
- LUIS HILFT e.V., Obertshausen, www.luis-hilft.de
- Mariposas e.V., Oberursel
www.mariposas-oberursel.de
- PaMuKi Familienzentrum e.V., Ortenberg
www.pamuki.de
- Queeres Zentrum Wiesbaden e.V., www.qzwi.de
- Sozial mit Mensch und Tier e.V., Kassel
www.sozial-mit-mensch-und-tier.de
- Sozialpädagogischer Verein zur familienergänzenden Erziehung e.V., Frankfurt am Main
www.sozpaed-verein.de
- Therapieverein Klein-Immenhof e.V., Kassel
www.kleinimmenhof.de
- Tournesol Jugend gUG, Wiesbaden
www.tournesol-jugend.de
- Verein für Soziokultur und Bildung – Mosaik e.V., Offenbach, www.mosaik-offenbach.de
- VereinT Mensch-Tier-Natur e.V., Kassel
www.vereint-menschiernatur.de
- Verein zur Förderung der Orphisch-Musischen Erziehung e.V., Hirschhorn
www.kindergarten-am-vogelsang.de

**Dr. Yasmin Alinaghi**

Landesgeschäftsführerin
yasmin.alinaghi@paritaet-hessen.org

**Matteo Barutzki**

Referent Projekt Schwerpunktthema
„Fachkräftesicherung –
Ausbildung für alle“
matteo.barutzki@paritaet-hessen.org

**Markus Frank**

Referent Recht
markus.frank@paritaet-hessen.org

**Vera Geißler**

Leiterin der Landeskoordinierungs-
stelle der Fachberatung gegen
sexualisierte Gewalt in Kindheit und
Jugend
vera.geissler@paritaet-hessen.org

**Eric Gumlich**

Referent Kinder- und Jugendhilfe
eric.gumlich@paritaet-hessen.org

**Anna Grundel**

Referentin für Gesundheit, Alter
und Pflege
anna.grundel@paritaet-hessen.org

**Barbara Helfrich**

Referentin Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
barbara.helfrich@paritaet-hessen.org

**Sören Hense**

Referent Wirtschaft
soeren.hense@paritaet-hessen.org

**Nina Hollatz**

Referentin für Selbsthilfe und
das Projekt „Bürgerschaftliches
Engagement“
nina.hollatz@paritaet-hessen.org



Christoph Kapp
Referent Wirtschaft
christoph.kapp@paritaet-hessen.org



Nadine Knopp
Kaufmännische Leitung
nadine.knopp@paritaet-hessen.org



Aline Kümper
Referentin Gesundheit, Alter
und Pflege
aline.kuemper@paritaet-hessen.org



Heidi Schlütter
Referentin Betreuungsvereine
heidi.schluetter@paritaet-hessen.org



Claudia Vortmann
Projektkoordination "Klimaschutz
im Paritätischen Hessen"
klimaschutz@paritaet-hessen.org



Dr. Daniela Wehrstein
Referentin Kita und Kita-Fachberatung
daniela.wehrstein@paritaet-hessen.org



Lars Lauer
Leiter der Abteilung Soziale Arbeit
und Referent Suchthilfe und Soziale
Notlagen
lars.lauer@paritaet-hessen.org



Artur Louis
Referent Arbeitsmarktpolitik,
Verbandsentwicklung
artur.louis@paritaet-hessen.org



Kristina Nottbohm
Referentin Grundsatzfragen, Frauen und
Mädchen
kristina.nottbohm@paritaet-hessen.org



Annette Wippermann
Projektleitung "Klimaschutz
im Paritätischen Hessen"
annette.wippermann@paritaet-hessen.org



Oliver Rodenhäuser
Abteilungsleiter Wirtschaft und Recht
oliver.rodenhaeuser@paritaet-hessen.
org



Lea Rosenberg
Referentin Flucht und Asyl, Migration
lea.rosenberg@paritaet-hessen.org



Brigitte Roth
Referentin Behindertenhilfe, Soziale
Psychiatrie
brigitte.roth@paritaet-hessen.org

Regionalgeschäftsstellen



Karola Günther
Regionalgeschäftsführerin Fulda
fulda@paritaet-hessen.org



Claudia Klee
Regionalgeschäftsführerin Gießen
giessen@paritaet-hessen.org



Heike Lange
Regionalgeschäftsführerin Wiesbaden
wiesbaden@paritaet-hessen.org



Sven Malsy
Abteilungsleitung Regional-
geschäftsstellen
Regionalgeschäftsführer Offenbach
offenbach@paritaet-hessen.org



Jörg Müller
Regionalgeschäftsführer Kassel
kassel@paritaet-hessen.org



Dr. Erik Sparn-Wolf
Regionalgeschäftsführer Darmstadt
erik.sparn-wolf@paritaet-hessen.org



Franziska Zühlsdorff
Regionalgeschäftsführerin Frankfurt
frankfurt@paritaet-hessen.org

Region Osthessen

Petersberger Straße 21
36037 Fulda
Telefon 0661 9019844

Region Rhein-Main-Ost

Berliner Straße 219
63067 Offenbach
Telefon 069 80106500

Region Südhessen

Poststraße 9
64293 Darmstadt
Telefon 06151 899262

Region Rhein-Main

Eschersheimer Landstraße 10
60322 Frankfurt/Main
Telefon 069 95526251

Region Rhein-Main-West

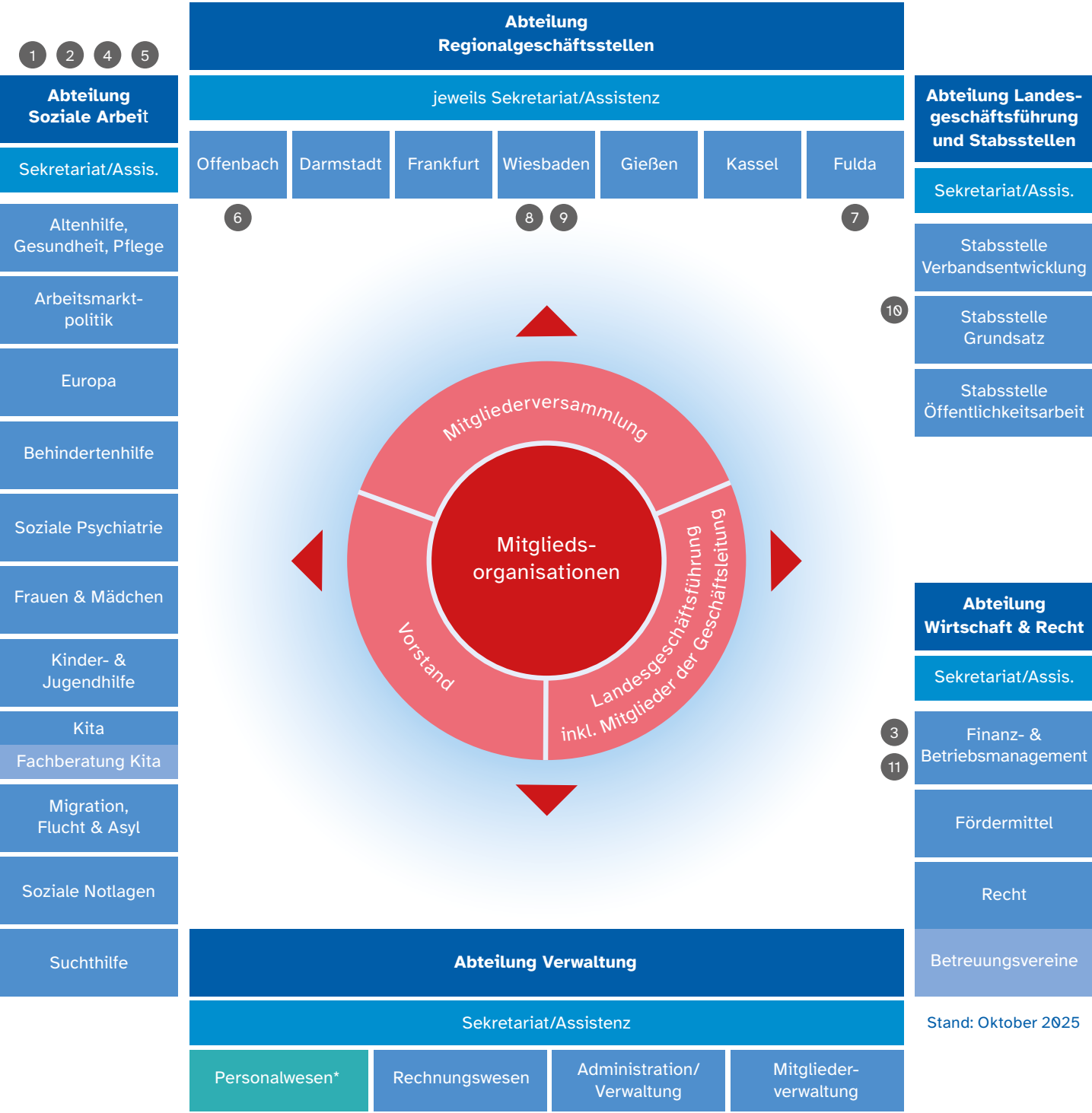
Bahnhofstraße 36
65185 Wiesbaden
Telefon 0611 3085664

Region Mittelhessen

Bahnhofstraße 61
35390 Gießen
Telefon 0641 9844450

Region Nordhessen

Treppenstraße 4
34117 Kassel
Telefon 0561 81644502



* Kooperation mit der Paritätischen Projekte gGmbH

Projekte

- 1 Fachkräftesicherung – Ausbildung für alle
- 2 Hessisches Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung (HKFB)
- 3 Sozialwirtschaft? Gerne!
- 4 Innovationen im Bürgerschaftlichen Engagement
- 5 Landeskoordinierungsstelle der Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend (LKSF)
- 6 Qualitätsprogramm Offenbach
- 7 Zukunft Wohnen im Vogelsbergkreis
- 8 Kultur Mittendrin, inklusives Kulturbüro
- 9 Schierstein – Inklusion für alle
- 10 Klimaschutz im Paritätischen Hessen
- 11 Paritätische Expert*innenvermittlung



Bildnachweis

- Cover: Heike Lange
 S. 4 Angelika Stehle
 S. 6 KoalaKollektiv
 S. 7 Angelika Stehle
 S. 8 Angelika Stehle
 S. 9 Angelika Stehle
 S. 10 FALZ e. V.
 S. 12 Ulrike Bauer
 S. 15 Ulrike Bauer
 S. 18 Ulrike Bauer, Angelika Stehle
 S. 20 Angelika Stehle, iStock
 S. 22 Verein IKjG
 S. 23 AdobeStock
 S. 24 iStock
 S. 25 Angelika Stehle
 S. 26 Jutta Königsfeld, iStock
 S. 28 Ina Tannert
 S. 30 privat
 S. 32 Angelika Stehle
 S. 33 Angelika Stehle
 S. 34 Angelika Stehle
 S. 35 iStock
 S. 37 Angelika Stehle
 S. 38 Angelika Stehle
 S. 39 Angelika Stehle
 S. 40 Angelika Stehle

Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Hessen e. V.

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69 / 95 52 62-0

Fax: 0 69 / 55 12 92

E-Mail: info@paritaet-hessen.org

www.paritaet-hessen.org

Redaktion: Ulrike Bauer, Barbara Helfrich

Layout: Markus Rühl

V. i. S. d. P.: Dr. Yasmin Alinaghi

Landesgeschäftsführerin

Auflage: 500, August 2025



Mit diesem QR-Code können Sie ein PDF des Jahresberichts von der Website des Paritätischen Hessen herunterladen.



Ein Unternehmen
des Paritätischen

 DER PARITÄTISCHE

Umfassender Schutz für Organisationen und Einrichtungen



Wir analysieren den individuellen Absicherungsbedarf Ihrer Einrichtung, kaufen den dafür notwendigen Versicherungsschutz zu besten Bedingungen ein und sind auch an Ihrer Seite, wenn ein Schaden eingetreten ist.

Partner des Paritätischen Hessen

- ✓ Versicherungs- und Risikoberatung
- ✓ Versicherungseinkauf
- ✓ Vertragsbetreuung

www.union-paritaet.de